Hohe Anzahl an Arbeitsstunden, Spielwarenhersteller Schleich gibt Stammsitz auf, ING erhöht Kontogebühren

Hohe Anzahl an Arbeitsstunden

In Deutschland ist im zweiten Quartal 2024 mehr gearbeitet worden als je zuvor. Das Arbeitsvolumen sei auf 14,7 Milliarden Stunden gestiegen und liege damit erstmal über dem Stand vor der Coronakrise, so das Institut für Arbeitsmarktund Berufsforschung (IAB) in Nürnberg mit. Im zweiten Quartal 2019 waren 14,6 Milliarden Arbeitsstunden angefallen. Auch die Zahl der Erwerbstätigen stieg im zweiten Quartal 2024 gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,4 Prozent auf 46,1 Millionen Menschen. Allerdings ging auch die Zahl der Überstunden um 0,3 Stunden zurück: Im Durchschnitt leisteten Arbeitnehmende im Quartal 2024 2,9 bezahlte und 4,1 unbezahlte Überstunden. (Spiegel Online)

Spielwarenhersteller Schleicht gibt Stammsitz auf

Nach eigenen Angaben hat der Spielwarenhersteller Schleich bei seiner Aufgabe des Stammsitzes in Schwäbisch Gmünd eine Einigung mit dem Betriebsrat erzielt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Logistik bekämen Übernahmeangebote von dem neuen, externen Partner, an den die Logistik übergeben werde. Schleich sei erfreut, weiterhin mit der Region Schwäbisch Gmünd verbunden zu bleiben. Im Logistikzentrum arbeiteten etwa 100 Mitarbeiter, so eine Sprecherin auf Anfrage. Andere Beschäftigte aus Schwäbisch Gmünd bekämen die Möglichkeit, an die neuen Standorte München und Prag zu wechseln. Etwa 140

Mitarbeiter seien laut Sprecherin davon betroffen. Mehr <u>hier</u>. (<u>Manager Magazin</u>)

ING erhöht Kontogebüren

Die ING, Deutschlands größte Direktbank, dreht kräftig an der Gebührenschraube. Die Konditionen für das Girokonto verschlechtern sich drastisch. Um ein Girokonto gebührenfrei zu führen, verlangt die Tochtergesellschaft der niederländischen Großbank künftig einen monatlichen Geldeingang von 1000 Euro, 300 Euro mehr als bislang. Besonders drastisch fällt die Erhöhung für die Girocard aus. Ihr Preis steigt um satte 50 Prozent von bislang 0,99 Euro im Monat auf künftig 1,49 Euro – also 17,88 Euro im Jahr (!). Mehr dazu hier. (Frankfurter Allgemeine Zeitung)